



# Barthle-Brief

Nr. 44

**Berlin aktuell**  
Die Woche im Bundestag

29.1.2016

Thema der Woche:

## **Bundestag gedenkt der Opfer des Nationalsozialismus Zwangsarbeiter im Mittelpunkt des diesjährigen Gedenkens Ruth Klüger schildert ihre Erfahrungen**

Am Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz hat der Deutsche Bundestag der Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gedacht. Im Mittelpunkt der Gedenkstunde standen in diesem Jahr die Millionen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter im nationalsozialistischen Deutschland und besetzten Europa, deren leidvolle Geschichte erst mit Beginn der 1980er Jahre aufgearbeitet wurde.

Ihre eigenen Erfahrungen als 13-jähriges Mädchen im Arbeitslager Christianstadt schilderte die heute 84-jährige Literaturprofessorin Ruth Klüger, der gegen Kriegsende gemeinsam mit ihrer Mutter auf einem der Todesmärsche die Flucht gelang.

Seit 20 Jahren gedenkt der Bundestag der Opfer des Nationalsozialismus immer am Jahrestag der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee am 27. Januar 1945. Bundestagspräsident Norbert Lammert erinnerte an all jene, die in den Konzentrationslagern ein kaum vorstellbares Ausmaß an „Unfreiheit und Willkür“ erlitten hatten – an die ermordeten Juden Europas, die Sinti und Roma, die Kranken und Behinderten, die Homosexuellen, die Andersdenkenden, die Kriegsgefangenen und Deserteure. „Wir erinnern an unvorstellbare Menschheitsverbrechen, an Völkermord und daran, was Menschen anderen Menschen angetan haben“, sagte er. Bei der Befreiung der Konzentrationslager seien zugleich „Millionen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter gerettet worden, denen Deutsche die Freiheit geraubt hatten, um ihre Arbeitskraft auszubeuten“.

Mehr als 13 Millionen Menschen seien innerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs gezwungen gewesen, unter unwürdigen Bedingungen zu arbeiten. Die Anzahl derer, die in den besetzten Gebieten Zwangsarbeit leisten mussten, könne nur vage geschätzt werden. Lammert sprach von Zwangsarbeit als einem Massenphänomen, das lange nicht den ihm gebührenden Platz in der deutschen Erinnerungskultur bekommen habe. Als im Zuge der Gründung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ ab dem Jahr 2000 symbolische Ausgleichsleistungen gezahlt wurden, sei es für viele ehemalige Zwangsarbeiter zu spät gewesen.

Ruth Klüger – als Kind jüdischer Eltern in Wien geboren und 1942 mit ihrer Mutter deportiert – überlebte drei Konzentrationslager, darunter Auschwitz. Im Bundestag erzählte sie mit eindringlichen Worten, wie sie sich als Zwölfjährige drei Jahre älter machte, um vom Todeslager Auschwitz in das Arbeitslager Christianstadt – ein Außenlager des niederschlesischen Konzentrationslagers Groß-Rosen – verlegt zu werden. Das Arbeitslager habe für sie anfangs Erleichterung bedeutet, bis sie auch dort im bitterkalten letzten Kriegswinter von der Verzweiflung und der Frage eingeholt wurde, wie lange sie die Zwangsarbeit noch aushalte. Vom Steinbruch, dem Inbegriff des Arbeitslagers, träume sie noch heute manchmal, berichtete sie. Frauen seien aber nicht nur für alle Arten schwerer Arbeit bis zum Verhungern ausgenutzt worden, sondern auch für Prostitution. Ruth Klüger forderte, die Opfer der sexuellen Zwangsarbeit beim Gedenken mit einzuschließen. Die Literaturprofessorin, die mit Verwunderung die Verdrängung von Zwangs-

arbeit im Nachkriegsdeutschland schilderte, würdigte den Wandel, der sich im Laufe der Generationen im Lande vollzogen habe. Heute gewinne Deutschland den Beifall der Welt für seine geöffneten Grenzen und seine Großzügigkeit gegenüber syrischen Flüchtlingen. Dies sei der Hauptgrund, warum sie mit Freude die Einladung des Deutschen Bundestages angenommen habe. Denn in Deutschland sei mit dem „schlichten, aber heroischen Slogan: Wir schaffen das“ ein Vorbild entstanden.

Zum Abschluss der Gedenkstunde spielte der RIAS-Kammerchor das „Lied der Moorsoldaten“. Der Marsch, der damals innerhalb kürzester Zeit Verbreitung in den Lagern fand, sei zum musikalischen Synonym für den Durchhaltewillen auch unter extremen Bedingungen von Unfreiheit und Willkür geworden, sagte Lammert.

ten 🗨️ Kurznachrichten 🗨️ Kurznachrichten 🗨️

### Asylpaket II muss kommen

Volker Kauder erinnerte die Koalition an das gemeinsame Ziel der Flüchtlingspolitik: „Die hohe Zahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge muss nachhaltig und spürbar reduziert werden. 2016 wird für Deutschland und Europa zu einem Schicksalsjahr“, sagte Unionsfraktionschef Kauder am Rande der Sitzung seiner Fraktion. Mit der internationalen Flüchtlingskrise stünden Deutschland und Europa vor einer „gewaltigen Herausforderung“. Gerade in Europa ginge es jetzt darum, dass das getan werde, was notwendig sei, um „das Ziel zu erreichen, dass deutlich weniger Flüchtlinge nach Europa kommen.“

Kauder zeigte sich gleichzeitig sehr besorgt über die Tonlage aus anderen europäischen Ländern. Dies zeige, in welchem Zustand Europa sei. Auf den Anfang Februar anstehenden Gipfeln müsse daher dringend darauf hingewirkt werden, dass Europa auch „in Zukunft seine Aufgaben leisten kann“, so Kauder.

In Deutschland müsse man in der Zwischenzeit sowohl auf europäische, als auch auf nationale Maßnahmen setzen. Zu diesen gehöre das Asylpaket II, was nun schnell verabschiedet werden müsse.

„Diejenigen, die ein Bleiberecht haben, werden aufgenommen. Alle anderen müssen Deutschland wieder verlassen. Über die Frage, wie dies erreicht werden kann, gibt es unterschiedliche Auffassungen. Wie der Streit darüber in den letzten Wochen und Tagen ausgeht, verunsichert die Menschen in unserem Land und lässt sie an der Handlungsfähigkeit der Koalition zweifeln.“

Das Jahr 2016 wird zu einem Schicksalsjahr für Europa. Wenn Europa nicht in der Lage ist, die große Herausforderung der Flüchtlinge gemeinsam zu bewältigen, wird dieses Europa am Ende des Jahres anders aussehen. Deshalb ist es richtig, die Bundeskanzlerin darin zu unterstützen, alle Möglichkeiten für eine europäische Lösung zu ergreifen. Die Konferenz in London Anfang Februar und dann der Europäische Rat am 18. und 19. Februar sind die herausragenden Wegmarken. Danach, so die Bundeskanzlerin, werden wir eine Zwischenbilanz ziehen.

Neben diesem Weg haben wir bereits eine Reihe nationaler Maßnahmen getroffen. Die damit erzielten Erfolge müssen offensichtlich noch besser kommuniziert werden. Während im letzten Jahr noch Zehntausende von Flüchtlingen aus Staaten des Westbalkans nach Deutschland kamen, wurde dies durch ihre Anerkennung als sichere Herkunftsländer korrigiert. Jetzt geht es darum, mit Marokko, Tunesien und Algerien weitere sichere Herkunftsländer zu definieren und so den Zuzug wiederum zu reduzieren.

Durch den Grundsatz „Sachleistungen vor Geldleistungen“ sollen Anreize reduziert werden. Dass einige Bundesländer dies nicht umsetzen, muss scharf kritisiert werden. Und so richtig es ist, dass die Zahl der Abschiebungen zugenommen hat, müssen hier die Länder noch besser werden. Es ist also so, dass neben den wirklich notwendigen Bemühungen der Bundeskanzlerin für eine europäische Lösung nationale Maßnahmen bereits erfolgreich auf den Weg gebracht wurden. Umso ärgerlicher ist es, dass das Asylpaket II noch immer nicht verabschiedet werden konnte. In dieser schwierigen Zeit trägt diese große Koalition eine enorme Verantwortung für den Zusammenhalt in unserem Land, aber auch in Europa.“

## Einigung bei Rheintalbahn erzielt

Nach intensiven Verhandlungen in den vergangenen Wochen und Monaten konnte unter intensiver Mitwirkung der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg in dieser Woche eine Einigung für einen gemeinsamen Antrag von CDU/CSU- und SPD-Bundestagsfraktion zur Rheintalbahn erzielt werden.

Nun haben die betroffenen Bürger vor Ort endlich Klarheit. Sie bekommen den notwendigen Lärmschutz. Wir freuen uns, dass wir den intensiven Prozess, den wir gemeinsam mit Bürgerinitiativen und kommunalen Vertretern sowie den anderen Beteiligten mitgestaltet und über Jahre im Deutschen Bundestag begleitet haben, nun zu einem guten Abschluss bringen.

Hintergrund: Der Deutsche Bundestag hat am Donnerstag in einer Plenarsitzung über die vorliegenden Anträge beraten und auf Grundlage der Beschlüsse des Projektbeirats die Bundesregierung aufgefordert, beim Ausbau die Kernforderung 1 umzusetzen. Damit wird der Offenburger Tunnel gebaut. Durch Umsetzung der Kernforderung 2 wird es zwischen Offenburg und Riegel eine zweigleisige Güterzugtrasse in Parallellage zur Bundesautobahn A 5 geben. Beide Strecken erhalten Lärmschutz nach Maßgabe des Beschlusses des Projektbeirats vom 26. Juni 2015. Darüber hinaus beschloss der Deutsche Bundestag, die nach heutiger Kostenschätzung auf den Bund entfallenden Mehrkosten von 1,5 Milliarden Euro einzuplanen und damit zu berücksichtigen.

## Zitat

«Herr Kretschmann, Sie haben im TV-Duell treuherzig behauptet, wir schieben die ab, die wir abschieben können. Nein, das tun Sie nicht.»

*CDU-Spitzenkandidat Guido Wolf in der Landtagsdebatte zur Asylverschärfung angesichts der Zahl von 10.000 Flüchtlingen, die in Baden-Württemberg geduldet sind, obwohl sie aus sicheren Herkunftsländern kommen.*